

**Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK),** Stellungnahme zum Impulspapier „Kirche der Freiheit“, hier: Friedens- und Versöhnungsarbeit, Bezugnahme S. 21 und S. 97 (100)

In der jüngsten Mitgliederversammlung unserer Arbeitsgemeinschaft in der EKD haben wir über Aussagen des Impulspapiers zur Friedens- und Versöhnungsarbeit gesprochen. Diese Aussagen tangieren auch die kirchliche Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern, Zivildienst- und freiwilligen Alternativdienstleistenden.

Unter der Überschrift „Die Herausforderungen begreifen“ heißt es auf Seite 20: *„Die Aufgabe, Frieden zu sichern und zu fördern, wird neue Formen annehmen. Die evangelische Kirche wird sich diesen Herausforderungen stellen und versuchen, in all ihrem Reden und Handeln ‚Rechenschaft zu geben von der Hoffnung, die in ihr ist.‘ (vgl. 1. Petr. 3,15)“*

Auf S. 97 ff. wird angeregt, „die EKD-Ebene für ein ‚Evangelisch in Deutschland‘ zu profilieren.“ Es heißt: *„Erwartungen an die Impulskraft, Koordinationsleistung und Kompetenzangebote wachsen der EKD verstärkt zu.“* Von „Konzentration der Kräfte“ ist die Rede und von Dienstleistungs- und Kompetenzzentren“ bis 2030. Dabei wird die Frauenkirche Dresden als Ort der „Friedens- und Versöhnungsarbeit“ genannt (S.100). Diese Zuordnung verstehen wir als symbolische Verortung: stellvertretend für die EKD-weite Friedens- und Versöhnungsarbeit. Deren Verankerung auf regionaler und lokaler Ebene und damit tendenziell flächendeckende Präsenz sollte unstrittig sein.

Das Zitat aus dem 1. Petrusbrief weist hin auf die „allzeitige Bereitschaft“ zu Verantwortung und Rechenschaft vor „jedermann, über die Hoffnung, die in euch ist“: Die Hoffnung, die im Glauben an die Erlösung gründet, in der Kirche verkündet und durch ihre Gemeinden und Mitglieder gelebt wird. Sie sollte möglichst nach außen ausstrahlen, einwirken in die Gesellschaft und die säkulare Welt, um für die Aufgaben der Zukunftsgestaltung zu ermutigen<sup>1</sup>. Auch in diesem Sinne ist die Kirche eine „Kirche für andere“.

Für uns ist die christliche Hoffnung *auf Frieden und Versöhnung* von besonderem Gewicht. Leider gilt die Kirche bei vielen hierzulande noch nicht als überzeugende Trägerin dieser Hoffnung: Zu oft und zu lange hat sie die Gewalt gerechtfertigt, sich ihr gebeugt und nicht widersetzt. Die ambivalenten Rollen, die Kirchen weltweit oft in Krisen und Konfliktgebieten spielen (Nordirland und die Balkanhalbinsel seien hier nur als Beispiele genannt!) sind dem Bild von Kirchen als Friedensbotinnen und Friedensstifterinnen eher abträglich.

In unseren Kirchen und Gemeinden wird der Friede - im Sinne der Weisungen Jesu, Frieden zu stiften und Konflikte gewaltfrei zu regeln - oft nur von einer Minderheit aktiv vertreten und praktiziert. Nach wie vor werden Religionen und demzufolge auch die Kirchen als Konflikt-*Quelle* angesehen - als Institutionen, die zur Rechtfertigung von Gewalt mehr beitragen als zu ihrer Überwindung. Ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt. Das Bemühen, die Religion nicht zur Begründung von Gewalt zu missbrauchen, war nicht immer erfolgreich. Versuche, durch interreligiösen Dialog Missverständnisse aufzuklären, Gegensätze zu entschärfen, Konflikte zu schlichten, Gewalt abzubauen und zu überwinden, sind ganz wichtige ökumenische Aufgaben, die

---

<sup>1</sup> EKD/DBK, Demokratie braucht Tugenden, Gemeinsames Wort, Texte 19, Bonn/Hannover 2006, S. 48

aber noch in den Anfängen stecken. Alle Religionen müssen ihr Verhältnis zur Gewalt klären – auch die christlichen Kirchen.

Positiv sind zu nennen die Zeugnisse der historischen Friedenskirchen, die bedeutenden Anstrengungen kirchlicher Entwicklungshilfe wie „Brot für die Welt“: Beispiele, die für eine gelingende Förderung von Gerechtigkeit und Friedensentwicklung in der Welt stehen und die den *konkreten kirchlichen Einsatz für Gewaltfreiheit* erkennbar machen, die aber von Gemeinden, Kirchenkreisen, Landeskirchen und EKD noch zu wenig als *Beiträge zur Friedensentwicklung* gesehen werden. Kirchliche Friedensaktionen sollen weder verkannt noch unterbewertet werden. Aber es ist nicht zu übersehen, dass Kirchengemeinden in der Regel anerkannte Träger für Bildungsarbeit und soziales, diakonisches Engagement sind, jedoch nur selten ‚vor Ort‘ als Hoffnungs- oder Leistungsträger für *Friedensarbeit* gelten.

Positiv zu nennen ist auch das Engagement für Frieden und Versöhnung in den Kirchen der damaligen DDR: Viele Friedensbewegte fanden in Kirchengemeinden den nötigen (Schutz-) Raum für ihr Engagement zugunsten von Frieden und Gewaltfreiheit. Daraus ergaben sich häufig für die Gemeindeglieder Anregungen, die bis heute in Form von regelmäßigen Friedensgebeten und Teilnahmen an der ökumenischen Friedensdekade fortleben und Anstöße zu weiteren Friedensaktivitäten gegeben haben.

Auch heute gibt es Kirchengemeinden, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Beauftragte für Kriegsdienstverweigerer tätig sind und sich öffentlich als Ansprechpartner für gewaltfreie Wege zum Frieden und für Alternativen zum Militärdienst engagieren. Die Entscheidung für den Waffenverzicht kann Ausgangspunkt für einen gewaltfreien Lebensstil sein, der durch Ableistung eines alternativen Friedensdienstes verstärkt werden kann und militärische Sicherheitsvorstellungen kritisch hinterfragt. Dadurch wird die christliche Friedensverheißung, dass Kriege geächtet und Schwerter zu Pflugscharen werden, verdeutlicht und die Gemeinde als Träger dieser Hoffnung wahrnehmbar. Das kann verstärkt und verdeutlicht werden durch Kontakte mit (und Seelsorge an) Zivildienstleistenden und deren Einsatz, aber auch durch die *Trägerschaft von freiwilligen Alternativdiensten* zum Zivildienst, z.B. in Form des Freiwilligen Sozialen Jahres oder der Patenschaft für einen Platz in einem „anderen Dienst im Ausland“, der dem Frieden und der Völkerverständigung dient (§ 14 b Zivildienstgesetz, ZDG).

Diese erst seit einiger Zeit gesetzlich geregelte und staatlich geförderte Form konkreter *Friedensförderung* erscheint uns für die Gegenwart wie für die Zukunft sehr bedeutsam und im besten Sinne entwicklungsfähig. Sie spricht junge Menschen persönlich einladend an und vermittelt ihnen einen konkreten ‚friedensethischen Bezug‘ zur Gemeinde. Dieser Gemeindebezug kann für ihre kirchliche Sozialisation hilfreich sein, die Mitgliedschaft in der Gemeinde festigen oder zur Kirchenmitgliedschaft ermutigen. Es setzt allerdings voraus, dass gute Erfahrungen mit den o. a. Dienstangeboten gemacht werden, die durch entsprechende Begleitangebote gefördert werden können. In diesem Zusammenhang ist hinzuweisen auf die langjährige Praxis der „Sozialen Friedensdienste“ im Raum der evangelischen Kirchen, auf die landeskirchlichen Freiwilligendienste im „anderen Dienst“ nach § 14 b ZDG (seit 1986) und auf die Erfahrungen mit anerkannten Kriegsdienstverweigerern im Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr, die erst seit 2002 möglich sind. Insoweit befinden wir uns gegenwärtig noch am Anfang einer Übergangszeit, die bekanntlich die besten Möglichkeiten zu Gestaltung bietet – wenn die darin liegenden Chancen erkannt und genutzt werden.

Solche *neuen Formen konkreter Friedensförderung* verbinden kirchliche Friedensverantwortung mit persönlichen Lebensentwürfen junger Menschen „vor Ort“. Sie sind eine gute ‚friedensethische Investition‘ in die Zukunft, die es auf freiwilliger Basis auszubauen und zu verstetigen gilt: Sie bleiben langfristig eine freiheits- und friedensfreundliche Option, selbst wenn sich die gesetzliche Grundlage wandelt und die Wehrpflicht durch eine Palette von Möglichkeiten ersetzt wird, *sich selbständig für einen Freiwilligendienst* zu entscheiden und für einen überschaubaren Zeitraum zu verpflichten. Der Verzicht auf die Wehrpflicht ist zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aktuell, dürfte aber bis zum Jahr 2030 realisiert sein.

Seit August 2002 können anerkannte Kriegsdienstverweigerer anstelle des Zivildienstes ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr (FSJ/FÖJ) leisten, das als jugendpolitische Bildungsmaßnahme im Inland wie im Ausland abgeleistet werden kann. Zuvor stand der Zivildienst der anerkannten Kriegsdienstverweigerer über vier Jahrzehnte unter der verteidigungspolitischen Maßgabe, ein bloßer Beschäftigungsdienst und damit „Ersatzdienst für den im Einzelfall rechtmäßig verweigerten Wehrdienst zu sein.“ Dessen friedensethische Implikationen konnten jahrzehntelang praktisch nur außerhalb bzw. am Rande dieses Dienstes aufgegriffen, besprochen und vertieft werden.

Erst seit 2006 besteht (wir meinen: endlich!) auch das politische Interesse, den Zivildienst als Lerndienst zu qualifizieren und zu gestalten. Die evangelischen Kirchen sollten dieses Interesse aufgreifen und mitgestalten – in friedensethischer Hinsicht als Beitrag zur Überwindung von Gewalt und zugleich als Beitrag zur Förderung einer Kultur der Freiwilligkeit. Der im Mai 2006 von unserer Arbeitsgemeinschaft im Zusammenwirken mit der EKD und dem Diakonischen Werk durchgeführte Fachtag „Wer dienen muss, soll lernen können – Den Zivildienst als Lerndienst gestalten“ war ein Schritt in diese Richtung, dem nun weitere konkrete Schritte folgen müssen. Gute Voraussetzungen – bis hin zu staatlicher finanzieller Projektförderung – sind dafür vorhanden.

Damit haben sich aus unserer Sicht die Bedingungen, Friedensverantwortung in diesem Seelsorgebereich stärker als bisher wahrnehmen zu können, *so* gewandelt, *dass* eine „Kirche der Freiheit“ eine angemessene konzeptionelle Antwort darauf suchen muss und – wie wir meinen – auch finden kann.

All diese Hinweise aus unserem Arbeitsfeld verbinden wir mit der Aussage des Impulspapiers, „neue Formen der Friedensförderung“ zu entwickeln. Wo diese Aufgaben in einzelnen Gemeinden und einigen Landeskirchen schon wahrgenommen werden, ist eine gute Basis dafür vorhanden, diese Aufgabenstellung noch intensiver anzugehen, auszubauen, neue Ideen zu entwickeln und sie *als kirchliche Angebote zur Friedensförderung* zu profilieren.

Unser Wunsch ist, dass die EKD sich dieser Herausforderung stellt, ihre damit verbundenen Aufgaben sieht und annimmt, die dafür nötige Arbeit unterstützt und fördert. Wenn dies geschieht, wäre dies zugleich – Stichwort: „Evangelisch in Deutschland“ – ein wichtiger Beitrag zur Förderung zivilgesellschaftlicher Entwicklungen. Er würde sich im Sinne einer umfassenden Friedenspolitik und Förderung von Friedensengagement auf vielen Ebenen – persönlich, (kirchen-)gemeindlich, gesellschaftlich – dahingehend auswirken, dass der Einsatz militärischer Mittel zunehmend unnötig und der Friede stetig ziviler und damit fortschreitend „sicherer“ wird.